



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2025/5

Datum/Zeit	Donnerstag, 23. Oktober 2025, 18:00 - 19:10 Uhr
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Feller Daniela (FDP) 1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP) Buri Peter (SP) Dressler Yasmin (SP) Falk Marcel (SP) Mordasini Mattia (SP) Nova Colette (SP) Renner Jörg (SP) Schneider Maja (SP) Stalder Sarah (SP) Stettler Ruess Peter (SP) 10 Andres Angelo (SVP) Brunner Franziska (SVP) Friedli Hans Peter (SVP) Gränicher Adrian (SVP) Herren Marisa (SVP) Rutsch Adrian (SVP) ab 18:10 Uhr Steiner Ulrich (SVP) Truog Markus (SVP) Zaugg Gerhard (SVP) 9 Alberucci Luca (glp) Raass Leena (glp) Schmid Alexander (glp) Tamàs Oliver (glp) Züllig von Allmen Dorothea (glp) 5 Lanz Lukas (FDP) 1 Baumgartner Gerhard (EVP) Gimmel Benjamin (EVP) Zürcher Myriam (EVP) 3 Brechbühl Kerstin (Mitte) Filep Béla (Mitte) Löhrer-Marti Sandra (Mitte) Mitter Michael (Mitte) 4 Burr Furrer Christian (Grüne) Ernst Kathrin (Grüne) Tanner Adrian (Grüne) 3 Ananiadis Jorgo (Piraten) 1 Total anwesend 37

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos), Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Panayides Aliko (SVP), Selmani Emsale (SP) und Wipfli Hans (SVP)
Gemeindeschreiberin	Steudler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv. Niggli Saskia, Gemeindeschreiberin Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Kistler Kerstin (SP), Leiser Christoph (FDP) und Wahli Alexander (glp) Mitglied GR: Grasso Gerardo (FDP)

TRAKTANDEN

65.	Oberer Flurweg: Werkleitungsersatz und Strassensanierung; Kreditabrechnung.....	180
66.	Überparteiliches Postulat betreffend Obergrenze Stellenprozente der Verwaltung; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	181
67.	Postulat Maja Schneider (SP) betreffend kostenloses Public-Viewing-Angebot in Ostermundigen während der nächsten Fussball-Europameisterschaft; Erheblicherklärung/Ablehnung	189
68.	Überparteiliches Postulat betreffend Veloabstellplätze beim Einkaufszentrum Möсли; Erheblicherklärung/Ablehnung	191
69.	Überparteiliche Interpellation betreffend «Planungsstand Tram Bern-Ostermundigen – Auswirkungen der Bauverzögerungen»; schriftliche Beantwortung.....	192
70.	Überparteiliche Interpellation zur öffentlichen Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen; schriftliche Beantwortung.....	193

71.	Überparteiliche Interpellation betreffend der von der Gemeinde Ittigen zurückgehaltenen Gewinnsteueransprüchen von der Swisscom AG; schriftliche Beantwortung.....	194
72.	Orientierungen des Gemeinderates	195
a)	Wasserbauplan «Worble» Teil West; Genehmigung Gesamtkredit.....	195
b)	Fussballcampus Region Bern	196
73.	Überparteiliche Motion betreffend kostenloser Eintritt für Schüler:innen aus Ostermundigen und Reduzierung des Eintrittspreises für Kultur-Legi-Besitzende im Freibad Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	198
74.	Überparteiliches Postulat betreffend zur Pflanzung von Bäumen entlang von Strassen; parlamentarischer Neueingang	200
75.	Überparteiliche Interpellation betreffend Planungsstand der Dritten Allmend; parlamentarischer Neueingang.....	201
76.	Einfache Anfrage Adrian Rutsch (SVP) betreffend temporärer Kursraum in «Tell's Kantine»; parlamentarischer Neueingang	203
c)	Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates.....	204

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2025.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Bevor wir weitermachen, möchte ich auf etwas Wichtiges hinweisen: Heute sind vorne etwas mehr Personen anwesend als gewöhnlich. Ich möchte nun gerne Saskia Niggli das Wort übergeben, damit sie sich kurz vorstellen kann. Sie wird künftig als unsere neue Ratssekretärin tätig sein, und wir werden in Zukunft häufig mit ihr zusammenarbeiten.

Ratssekretärin Saskia Niggli: Mein Name ist Saskia Niggli, ich bin 30 Jahre alt und in Wolfwil im Kanton Solothurn aufgewachsen. Vor Kurzem bin ich nach Herrenschwanden gezogen.

Meine berufliche Laufbahn begann mit der Lehre bei der Einwohnergemeinde Winznau, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Olten. Danach war ich fünf Jahre als Gemeindeschreiberin in Stüsslingen tätig und habe in dieser Zeit auch die Weiterbildung zur diplomierten Gemeindeschreiberin abgeschlossen. Anschliessend arbeitete ich fünf Jahre bei der Gemeinde Oberhofen am Thunersee, bevor ich Mitte September die Stelle als stellvertretende Gemeindeschreiberin hier in Ostermundigen angetreten habe.

Ich habe mich bewusst für diese neue Aufgabe entschieden, um in einer grösseren Gemeinde weitere Erfahrungen zu sammeln. Bisher habe ich immer in kleineren Gemeinden mit höchstens zweieinhalbtausend Einwohnern gearbeitet. Die Stelle in Ostermundigen ist eine sehr gute Chance, mich sowohl persönlich als auch fachlich weiterzuentwickeln.

In meiner Freizeit bin ich gerne draussen unterwegs, wandere, fahre im Winter gerne Ski im Berner Oberland. Das ist für mich ein schöner Ausgleich zum Berufsalltag.

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit und danke für die Aufmerksamkeit.

----- Applaus -----

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Vielen Dank Saskia Niggli für die Vorstellung. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **36 Ratsmitglieder** anwesend und der Grossen Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Ich komme zu den offiziellen Mitteilungen:

- Kathrin Ernst hat uns per 30. November 2025 ihren Rücktritt bekanntgegeben.
- Wir haben heute keine Tischauflage, dafür kann ich mitteilen, dass unsere nächste GGR-Sitzung am 20. November 2025 stattfindet.
- Im Anschluss an die heutige Sitzung ist für alle im Restaurant Waldeck reserviert.

Traktandenliste

Traktandum Nummer 72 - Orientierungen des Gemeinderates, beinhaltet Folgendes:

Von Thomas Iten zum Thema «Fussballcampus Rörswil» und von Bettina Fredrich zum Thema «Gewässerschutz Worble».

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Axioma #7964

42.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt
40.7.07 Strasseninstandstellungen

65. Oberer Flurweg: Werkleitungsersatz und Strassensanierung; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grossen Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Von der Kreditabrechnung über den Ersatz der öffentlichen Wasserleitungen im Oberen Flurweg, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 468'281.18 (inkl. MwSt.), wird Kenntnis genommen.
2. Von der Kreditabrechnung über den Ersatz von öffentlichen Abwasserleitungen im Oberen Flurweg, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 38'590.22 (inkl. MwSt.), wird Kenntnis genommen.
3. Von der Kreditabrechnung über die Strassensanierung im Oberen Flurweg, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 294'618.85 (inkl. MwSt.), wird Kenntnis genommen.

66. Überparteiliches Postulat betreffend Obergrenze Stellenprozente der Verwaltung; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner des überparteilichen Postulates zum Geschäft äussern.

¹

Lukas Lanz (FDP): Ja, das ist sicher ein umstrittenes Thema, aber ich möchte trotzdem kurz darlegen, welche Überlegungen und Erfahrungen letztlich dazu geführt haben, dass das Postulat in dieser Form entstanden ist. Zuerst möchte ich allen Mitwirkenden danken, die das geprüft und beantwortet haben. Max Weber vergleicht die Politik mit dem Bohren dicker Bretter. Unser Vorschlag ist vielleicht noch ein etwas schräges und grosses Loch. Jedoch hat aus unserer Sicht die letzte Jahresrechnung den finanzpolitischen Handlungsbedarf noch einmal bestätigt und den Anstoss für das Postulat gegeben.

Das Postulat stellt das gute und effiziente Wirken der Verwaltung nicht in Frage, sondern soll ein Instrument bieten, um das zukünftige Wachstum zu bremsen. Das Postulat sieht eine Begrenzung der Stellenprozente vor. Somit wird bewusst die totale Lohnsumme nicht beschränkt, was Anpassungen der Anstellungsbedingungen wie Lohnerhöhungen nicht einschränkt. Die Obergrenze soll sich am aktuellen Stand orientieren und somit kein Leistungsabbau bewirken, sondern den zukünftigen Ausbau von freiwilligen Leistungen einschränken. Uns ist bewusst, dass wir lediglich eine Obergrenze für Leistungen festlegen könnten, die nicht vorgegeben sind. Alternativ könnten wir bewusst entscheiden, bestimmte Leistungen freiwillig zu übernehmen. Mit Blick in die Zukunft wird es vielleicht Situationen geben, in denen wir gezielt sagen: Diese Leistung übernehmen wir nicht. Damit alle Obligatenleistungen erbracht werden können, kann man weiterhin entsprechende Stellen dafür schaffen.

In der Begründung wird deutlich, dass wir mit dem Bevölkerungswachstum argumentiert haben. Uns ist bewusst, dass sich das nicht direkt miteinander verknüpfen lässt. Das war auch nicht die Absicht. Wir wollen vielmehr aufzeigen, dass das Bevölkerungswachstum eine gewisse Tendenz bei den Einnahmen widerspiegelt. Am Ende geht es darum, was wir uns mit den vorhandenen Mitteln tatsächlich leisten können. Ich möchte zum Schluss kommen: Wir suchen wirklich nach einem Mittel, mit dem wir auch hier im Rat die Ausgabendisziplin stärken können. Und ja – im Sinne von Max Weber – versuchen wir gemeinsam, irgendein Loch zu finden, das genügend Grösse hat, sodass wir alle sagen können: Damit können wir leben. Wir sind selbstverständlich offen für Anpassungen und Vorschläge. Die FDP-Fraktion wird dem Gemeinderat nicht folgen und dem Postulat zustimmen.

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion hat die Argumente und den Antrag des Gemeinderates zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat führt verschiedene Gründe auf, warum das Postulat abzulehnen sei.

¹ 18.10 Uhr: Adrian Rutsch (SVP) nimmt an der Sitzung teil. Neu sind **37 Ratsmitglieder** anwesend.

Die SVP anerkennt, dass das Begehrten des Postulates nicht einfach zu erfüllen ist. Wichtig zu sagen ist, es ist keine Sparvorlage, sondern es geht um eine Plafonierung.

Trotzdem wird die SVP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates (d.h. Ablehnung des Postulates) nicht zustimmen. Wir brauchen in Ostermundigen dringend einen Kulturwandel in unserem «Finanzgebaren» und das vorliegende Postulat kann in diesem Prozess ein Anstoss sein. Der Personalaufwand und das Personal sind eine wichtige Steuergrösse und ein Indikator in einem solchen Betrieb als grosse Gemeinde.

Mir ist in diesem Zusammenhang ein Name begegnet, den man meistens medizinisch versteht (aber es ist hier nicht medizinisch) nämlich Parkinson. Cyril Northcote Parkinson war ein britischer Soziologe, der 1955 im Economist eine Arbeit veröffentlichte, bei der er sich ein paar bürokratietheoretische Überlegungen gemacht hat. Eine seiner Hauptgesetzmässigkeiten, die er herausgefunden hat, dass die Arbeit sich immer genau in dem Mass ausdehnt, wie die Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht. Dies könnte man so interpretieren, dass man sagt, eigentlich fänden wir immer etwas zu tun, wenn vielleicht gar nicht mehr so viel zu tun sei. Parkinson ist, dass jede bürokratische Organisation zu stetigem Wachstum tendiert, wenn man sie sich selbst überlässt. Er hat sogar mit einer Formel ausgerechnet, wie das Bürokratiewachstum pro Jahr wäre, wenn man nichts macht. Er kam auf eine Zahl von 5 bis 6 Prozent Zunahme jedes Jahr. Das ist diesen Zahlen erstaunlich nahe, die Luca Alberucci in einem anderen Zusammenhang präsentiert hat, nämlich über das Personalkostenwachstum.

Die 20-80-Regel ist möglicherweise nicht allen bekannt. Das sogenannte «Pareto-Prinzip»: Oft erreichen wir mit 20 Prozent des Aufwands bereits 80 Prozent des angestrebten Ergebnisses. Die restlichen 80 Prozent des Aufwands verbessern das Ergebnis noch um 20 Prozent. Man muss sich immer wieder fragen, ob 100 Prozent immer nötig sind, oder ob es eventuell auch mit ein bisschen weniger gehen würde.

Die SVP ist überzeugt, dass wir im Interesse unserer Gemeinde und im Interesse eines nachhaltig stabilen Finanzhaushalts diesen Kulturwandel brauchen. Deshalb ist auch von uns der Aufruf, dieses Postulat erheblich zu erklären und an den Gemeinderat zu überweisen.

Marcel Falk (SP): Ich habe leider nicht so schöne Zitate mitgebracht wie meine Vorredner. Ich versuche nun trotzdem, hier etwas dazu zu sagen. Es ist nämlich noch gar nicht so lange her, da haben einige, die jetzt in diesem Saal anwesend sind, die schlanke Verwaltung von Ostermundigen in höchsten Tönen gelobt. Es war die Zeit der Fusionsabstimmung. Die Verwaltung in Ostermundigen ist tatsächlich sehr schlank aufgestellt. Und in Teilen ist sie nach meiner Erfahrung gar unterdotiert; zum Teil stark unterdotiert. Ich habe den Eindruck, dass die geschilderte Darstellung nicht ganz mit der Realität in der Verwaltung in Ostermundigen übereinstimmt. Soweit ich weiß, gibt es in Ostermundigen keine Fälle, in denen einfach Leute eingestellt werden, die dann gar nicht genau wissen, was ihre Aufgabe ist. Also, es gibt keinen Hinweis, dass wir ein Sparpotenzial haben.

Einen Stellenplafond zu beschliessen, führt nur zu zusätzlichem administrativem Aufwand sowie zu Mehrkosten. Da die künftigen Stellen wegen kantonaler Vorgaben ohnehin benötigt werden. Die Verwaltung hat aufgelistet, welches die Gründe sind, weshalb es mehr Stellen braucht. Gerade durch theoretische Konstrukte wie den Stellenplafond wird der Genehmigungsprozess für neue Stellen aufwendiger. Die Prozesse würden verzögert, und was erreichen wir damit? Am Ende blähen wir die Verwaltung auf und tun damit genau das Gegenteil von dem, was wir eigentlich wollen.

Was mir noch wichtig ist zu betonen und das hat Luca Alberucci zum Glück ebenfalls hervorgehoben: Auch wenn in Ostermundigen derzeit viele Herausforderungen und grosse Projekte anstehen, erlebe ich die Mitarbeitenden stets sehr engagiert und motiviert. Für die Mitarbeitenden, die bereits am Limit arbeiten und täglich vollen Einsatz leisten, kann es etwas befremdlich klingen, wenn wir sagen: «Weniger ist oftmals mehr.» Ich glaube, wir müssen sehr genau darauf achten, welche Signale wir damit aussenden. Ich finde, dieses Postulat ist ein ausgesprochen schlechtes Signal.

Wir müssen nicht komplizierte Theoriekonstrukte machen, wo wir uns als Parlament einschränken, um sparen zu können. Wir müssen unsere Entscheidungen gut fällen, gut überlegen und gut debattieren. Das ist der richtige Weg, und nicht der Weg dieses Postulates.

Sandra Löhrer-Marti (Mitte): Wir haben eine kurze Sitzung angekündigt, deshalb halte ich mich ebenfalls kurz: Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir verstehen die Beweggründe des Postulates, das überparteilich von der FDP eingereicht wurde, und können sie gut nachvollziehen. Dennoch sind wir der Ansicht, dass eine politisch festgelegte Obergrenze bei den Stellenprozenten die Verwaltung zu stark einschränken und, wie bereits erwähnt, zusätzlichen administrativen Aufwand verursachen würde.

Vergessen wir nicht: Ein wesentlicher Treiber der steigenden Kosten sind wir selbst. Würde das Parlament nicht immer wieder neue Leistungen beschliessen, könnten die Personalkosten stabil bleiben.

Myriam Zürcher (EVP): Das ist kein unbekanntes Thema, die hohen Ausgaben beim Personal und die zu grossen Verwaltungskosten. Grundsätzlich begrüßt die EVP-Fraktion ein kritisches Hinterfragen beim Schaffen neuer sowie beim Erhalt bestehender Stellen. Ob jedoch eine Obergrenze der Stellenprozente, wie sie im Postulat gefordert wird, tatsächlich eine sinnvolle Lösung darstellt, bleibt fraglich. Eine starre Deckelung halten wir auf jeden Fall nicht für zielführend. Ganz zentral ist es zudem, dass die Prozesse nicht weiter verlangsamt werden oder ein erheblicher Mehraufwand entsteht. Aus diesen Gründen wird die EVP-Fraktion das Postulat nur teilweise als erheblich erklären.

Luca Alberucci (glp): Wir haben das Postulat in unserer Fraktion sehr intensiv diskutiert. Wir kamen zum Schluss, dass wir diesem Postulat nicht zustimmen können.

Wir haben folgende Gründe, weshalb wir diesem zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen: Zum einen sind wir der Meinung, dass man nicht direkt Personalplafonds steuern sollte, sondern über Kosten steuern muss.

Letztlich ist eine zentrale Steuerungsgrösse in solchen Fragen das Verhältnis von Insourcing zu Outsourcing. Man kann das eigene Personal reduzieren und stattdessen externe Leistungen einkaufen, was jedoch lediglich zu einer Verschiebung der Kosten führt. Aus diesem Grund erachten wir diesen Ansatz als heikel.

Wir wollen nicht, dass nur unsere eigenen Vorstösse berücksichtigt werden. Zufällig haben wir jedoch selbst einen Vorstoss eingereicht, weil wir ihn für zielführend halten. Insbesondere, damit der Gemeinderat in den Budgetdebatten eine Personalplanung vornimmt. So kann in den zwei Lesungen auch über den Personalbestand und dessen mittelfristige Entwicklung diskutiert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt möchten wir dem Gemeinderat einen Kredit vorlegen, damit er den in der letzten Sitzung übernommenen Auftrag in der zweiten Lesung prüfen und Vorschläge unterbreiten kann. Das Ganze ohne zusätzliche Restriktionen. Die Personalthematik wird behandelt, sodass der Gemeinderat entsprechende Vorschläge erarbeiten kann. Aus diesem Grund möchten wir die Exekutive nicht von vornherein einschränken, indem man bereits zu Beginn über Personalplafonds nachdenkt. Trotzdem hegen wir grosse Sympathien für das Grundanliegen – insbesondere, dass bei uns Personalkosten in der Höhe von 25 Millionen Franken anfallen und dass diese gesteuert werden müssen.

Die Antwort des Gemeinderates hat in der GLP-Fraktion einige Fragen aufgeworfen. Insbesondere, weil der Gemeinderat betont: Wir tun bereits alles, was möglich ist, und eigentlich können wir nicht mehr tun. Wir setzen um, was das Parlament beschliesst. So verstehen wir eine Exekutive nicht: Sie ist nicht einfach jemand, der Aufträge entgegennimmt und ausführt. Eine Exekutive bedeutet für uns handeln und gestalten. Und es ist nun einmal so, dass ein Budgetposten von 25 Millionen Franken immer einen gewissen Gestaltungsspielraum bietet, selbst wenn sich die Auftragslage nicht verändert. Deshalb erwarten wir, wie ich vorhin gesagt habe, in der zweiten Budgetlesung konstruktive Vorschläge.

Ich habe mir überlegt, welche Ansätze es im Bereich «Personal» geben könnte. So wäre beispielsweise eine Anpassung der Öffnungszeiten an den Schaltern denkbar. Auch punktuelle Leistungskürzungen (z.B. bei der Entsorgungs- oder Reinigungsfrequenz) können geprüft werden. Zudem könnte man beispielsweise eine Aktion starten, damit Mitarbeitende Ferien kaufen können. Wenn ein Mitarbeiter eine Woche Ferien bezieht, dann ist dies 2 Prozent weniger Lohn. In der Regel sind solche Mitarbeitende nachher auf das ganze Jahr aus gleich produktiv. Man darf Projekte nicht einfach anhäufen oder so planen, dass wir völlig überlastet sind und jedes Projekt innerhalb weniger Monate durchziehen müssen. Es kommt ohnehin zu Verzögerungen. Besser ist es, von Anfang an etwas mehr Spielraum einzuplanen. Das schont möglicherweise die internen Projektressourcen der Gemeinde. Man könnte das Thema «Insourcing versus Outsourcing» gezielt überlegen: Statt bewusst Kapazitäten vorzuhalten, um alles intern zu erledigen, könnte man ein Budget einplanen, das externe Leistungen ermöglicht. So könnten «Spitzenzeiten» oder «besondere Aufgaben» extern vergeben werden. Das mag kurzfristig teurer erscheinen, vielleicht sogar doppelt so teuer. Aber wenn man dies nur einen Monat im Jahr macht, ist es insgesamt günstiger.

Der Gemeinderat wird gebeten, sich im Hinblick auf die zweite Budgetdebatte konstruktive und kreative Vorschläge zu überlegen. Wir sind gespannt, wie diese aussehen. Es wäre wünschenswert, das Postulat zu vertagen, sodass wir in der zweiten Budgetdebatte unter Berücksichtigung dieser Vorschläge darüber befinden könnten.

Adrian Tanner (Grüne): Vor ein paar Jahren wurde bereits eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchgeführt. Die zeigte, dass Ostermundigen sehr effizient arbeitet. Nun wurde das Personal erneut beauftragt zu prüfen, ob es möglicherweise ineffizient arbeitet. Das kann natürlich zu Frustration oder sogar zu Fluktuation führen und ist möglicherweise nicht kostengünstiger.

Ausserdem möchte ich auf einen Punkt zurückkommen, den Luca Alberucci erwähnt hat: Eine Person, die ein Jahr lang bei der Gemeinde arbeitet, durch einen externen Mitarbeitenden für nur einen Monat zu ersetzen, ist wohl etwas überspitzt formuliert. Lukas Lanz hat gesagt, man wolle nicht die Lohnbedingungen schlechter machen. Also, dass es ein Personaldeckel sei und nicht ein Lohndeckel. Aber zu guten Anstellungsbedingungen gehöre eben auch, dass man genug Personal hat. Wir beschliessen im Parlament Massnahmen, die finanzielle Einsparungen bringen können. Ein Beispiel dafür ist die Sozialhilfe: Wenn die Fallzahlen gesenkt werden, können die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter die Betroffenen gezielter und personalisiert unterstützen, sodass diese langfristig wieder unabhängig von der Sozialhilfe werden.

Dann gibt es sicher auch Aufgaben, die uns der Kanton auferlegt hat. Darüber habe ich keinen Überblick. Schlussendlich ist der Aufwand für diese Überprüfung beträchtlich. Er verursacht erneut Kosten.

Eine Idee von Luca Alberucci, die ich sehr gut finde, ist das Ferienkaufen. Grundsätzlich wäre das auf jeden Fall etwas, das man prüfen könnte. Allerdings müsste man auch das übrige Personal einbeziehen und ihre Meinung dazu einholen. Denn wenn einige Mitarbeitende zusätzliche Ferien kaufen und andere danach die zusätzlichen Arbeiten übernehmen müssen, könnte das zu Frustration führen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Unabhängig von den Argumenten und Punkten, die eingebracht wurden, möchte ich festhalten: Wenn man sieht, wie unsere Verwaltung arbeitet, merkt man, dass jede und jeder Mitarbeitende sein Bestes gibt. Es ist, wie in jeder Organisation mit rund 350 Mitarbeitenden normal, dass einige schneller und andere etwas langsamer arbeiten. Ich halte das für völlig selbstverständlich. Aus meiner Erfahrung, unter anderem durch Einblicke in andere Gemeinden, vor allem aber in kantonale Verwaltungen und teilweise auch in die Bundesverwaltung, zeigt sich ein ähnliches Bild: Wenn man beispielsweise auf den «Parkinson-Effekt» blickt, würden Bund und Kanton sagen, dass die Personalbestände jährlich um etwa 10% steigen.

Wenn die Anforderungen so stark steigen, und das ist eines unserer Probleme, dann wird deutlich, wie viel wir heute alles einreichen müssen, zum Beispiel für eine Überbauungsordnung oder für eine Zone mit Planungspflicht. Vergleicht man das mit dem Aufwand vor zehn oder fünfzehn Jahren, wird klar:

Es handelt sich um ressourcenintensive Aufgaben. Inhaltlich sind sie zum Teil gründlicher geworden. Vielleicht auch, weil früher manches etwas zu schnell erledigt wurde. Vor allem aber sind es die Rahmenbedingungen, die immer anspruchsvoller werden und entsprechend mehr Zeit erfordern. Es handelt sich dabei nicht um neu erfundene Vorschriften, und in diesem Sinne möchte ich mich wirklich für unseren gesamten Personalstamm dagegen wehren. Dem sogenannten parkinsonischen Gesetz würde ich hier definitiv widersprechen.

Gerade auf der Ebene der Abteilungsleiterkonferenz stellt sich immer wieder die Frage, wie wir einfacher, effizienter und schneller werden können. Ulrich Steiner hat dabei die Pareto-Regel (also das 80-20-Prinzip) angesprochen. Ich muss sagen: In der Realität arbeiten wir teilweise mit 60 Prozent. Schlicht, weil die Ressourcen fehlen. Das birgt Risiken. Insbesondere dann, wenn es um rechtlich komplexe Situationen geht, in denen 60 Prozent nicht mehr ausreichen.

Ein konkretes Beispiel: Bei uns gibt es Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter, die – weil unsere Organisation klein bzw. kleinteilig strukturiert ist – auch direkt den Schalter bedienen. In einer Gemeinde vergleichbarer Grösse lässt sich kaum eine Abteilungsleiterin oder ein Abteilungsleiter finden, die bzw. der direkt einen Schalter bedient. Viele haben auf die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung verwiesen. Ich persönlich habe ebenfalls den Eindruck, dass wir nicht zu gross organisiert sind. Insbesondere, wenn ich an die gesetzlichen Aufträge, die gesetzlich vorgesehenen Stellen und die Aufgaben denke. Die können wir nicht beeinflussen. Ich möchte nicht ausführlich darauf eingehen, was das Parlament beschliesst oder nicht. Aber eines kann ich sagen: Unsere Mitarbeitenden arbeiten wirklich mit einem hervorragenden Arbeitstempo oder, wie man so schön sagt, einem sehr guten «Pace».

Der Personalbestand ist ein wichtiger Indikator für den Kulturwandel. Ich glaube, dass unser Personal, auch durch den Fusionsprozess, vorher schon ein Thema war. Es hat sich kontinuierlich weiterentwickelt, mit der Einstellung: «Wir müssen uns verändern, wir wollen uns verändern.» Ich habe den Eindruck, dass dabei ein sehr guter Job geleistet wurde. Beim Kulturwandel, insbesondere in Bezug auf Kosteneffizienz, habe ich den Eindruck, dass das Bewusstsein auf der Ebene der Abteilungsleiterkonferenz sehr hoch ist. Ich glaube, dass verschiedene Leute gesagt haben, man schaue genau, wie stark die Unterstützung des Parlaments bei diesem Vorstoss ist. Ein Blick in den Stellenanzeiger zeigt, dass derzeit zahlreiche Gemeinden offene Stellen haben. Sollten wir unsere Mitarbeitenden verlieren, ist unklar, ob die freiwerdenden Stellen wieder adäquat besetzt werden können.

Ich habe mir den Grosskonzerneffekt notiert. Ich musste dabei schmunzeln. Ich kenne das noch von früher, vor allem von den SBB und anderen Bundesbetrieben: Dort wurden Stellen abgebaut und der Personalaufwand reduziert. Gleichzeitig wurde die gleiche Dienstleistung zu völlig anderen Tarifen wieder eingekauft.

Luca Alberucci hat verschiedene Vorschläge gemacht, wie wir unsere Arbeit gestalten können. Wer sich die Details anschaut, merkt zum Beispiel, dass wir die Schalteröffnungszeiten angepasst haben, und zwar teilweise erheblich. Dies geschieht nicht als Abbau des «Service Public», sondern soll anhand eines konkreten Beispiels bei den Einwohnerdiensten verdeutlicht werden:

So haben die Mitarbeitenden die Möglichkeit, die Dossiers zu bearbeiten, ohne ständig unterbrochen zu werden, wenn Personen ein- und ausgehen. Letztendlich ist es eine Effizienzfrage.

Ein weiteres Thema, das wir im Zusammenhang mit den Öffnungszeiten gemacht haben, ist, dass wir mehr «Homeoffice» anbieten können, was unsere Arbeitgeberattraktivität ganz klar gesteigert hat.

Das Ferienkaufen gibt es bei uns bereits: Mitarbeitende können bis auf 5 % ihres Lohns verzichten und erhalten dafür zusätzliche Ferien. Die Umsetzung erfolgt unterschiedlich. Es gibt ein kleines «Veto», also eine Prüfung, ob die zusätzlichen Ferien mit dem Team vereinbar sind.

Es wäre wünschenswert, Projekte zu verschieben oder anders zu staffeln. Doch im Moment ist das nicht möglich. Wenn wir bestimmte Projekte planen, erhalten wir keinen Vorprüfungsbericht des Kantons. Ohne diesen Bericht nützt selbst die beste Planung nichts. Die Umsetzung funktioniert dann schlichtweg nicht.

Zum Thema «Insourcing und Outsourcing» habe ich bereits etwas gesagt. Luca Alberucci hat ebenfalls erwähnt, dass man zum Beispiel die Reinigungsintervalle ändern oder anpassen könnte. Das kann der Grosse Gemeinderat am 20. November 2025 diskutieren. So viel kann ich schon vorwegnehmen: «Insourcing und Outsourcing» sind auf jeden Fall Themen, die diskutiert werden müssen.

Ende letzten Jahres hatten wir eine «Schuld» von 10 Vollzeitstellen. Darin enthalten sind Ferien, Überzeiten und Geleitzeit, die das Personal nicht beziehen konnte. Hochgerechnet auf die gesamte Verwaltung entspricht das einem Arbeitsvolumen von 10 Vollzeitstellen. Dies verdeutlicht den erheblichen Arbeitsdruck innerhalb der Organisation.

Lukas Lanz (FDP) stellt den folgenden **Ordnungsantrag**:

→ Das Geschäft soll bis nach der Budgetdebatte auf den 4. Dezember 2025 vertagt werden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir machen eine kurze Pause von 5 Minuten.

----- **P a u s e** -----

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir stimmen über den Ordnungsantrag von Lukas Lanz (FDP) ab. Dieser lautet: Das Geschäft soll bis nach der Budgetdebatte auf den 4. Dezember 2025 vertagt werden.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag wird mit 20 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Grosse Gemeinderat fasst mit 20 zu 10 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend Obergrenze Stellenprozente der Verwaltung wird begründet und abgelehnt.

Axioma #10766
10.3.73 Postulate

67. Postulat Maja Schneider (SP) betreffend kostenloses Public-Viewing-Angebot in Ostermundigen während der nächsten Fussball-Europameisterschaft; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin des Postulates zum Geschäft äussern.

Maja Schneider (SP): Ich danke dem Gemeinderat herzlich für die ausführliche und konkrete Beantwortung meines Postulates. Die Haltung des Gemeinderates, dass die Durchführung von Public-Viewings nicht zu seinen Kernaufgaben gehört, kann ich gut nachvollziehen. Um so erfreulicher finde ich es, dass er bereit ist, Vereinen und Privatpersonen Hand zu bieten, wenn diese ein Public-Viewing-Angebot auf die Beine stellen möchten.

Mit meinem Postulat wollte ich den Fussball als Aufhänger nutzen, um Menschen aus verschiedenen Quartieren und Lebenswelten in Ostermundigen zusammenzubringen – für Begegnung, Gemeinschaft und ein lebendiges Miteinander. Die Erinnerung an einen wunderbaren Fussballsommer lässt mich hoffen, dass wir eine solche Atmosphäre eines Tages auch bei uns in Ostermundigen erleben können.

Dabei geht es mir ausdrücklich nicht um einen Grossanlass mit hohem Verkehrsaufkommen, sondern um ein unkompliziertes, lokal verankertes Angebot – im Dorf, fürs Dorf und mit dem Dorf.

Ich bleibe gerne am Ball und hoffe, dass wir gemeinsam – wer auch immer sich bereit erklärt, hier mitzumachen – einen solchen Anlass aufgleisen können. Die nächsten Europameisterschaften der Männer finden 2028 statt, die der Frauen ein Jahr später. An zu wenig Vorbereitungszeit soll es diesmal nicht scheitern.

Ich bin mit der Beantwortung des Postulates einverstanden und bin damit einverstanden, dieses als erledigt abzuschreiben.

Benjamin Gimmel (EVP): So schön dieser Vorschlag zum Public-Viewing auf den ersten Moment aussieht, haben wir bei der Diskussion in unserer Fraktion von der EVP gemerkt, dass wir hier zwei Dinge sehen, die nicht so optimal sind. Das eine davon ist, dass nur eine Sportart genannt und berücksichtigt wird. Es gibt viele verschiedene Sportarten, vom Schwingfest bis hin zu anderen Aktivitäten. Wenn man ein solches Vorhaben umsetzen würde, müsste man sicherstellen, dass es für mehrere Sportarten gilt, denn Fussball ist längst nicht die einzige Sportart, die existiert.

Problematisch am Public-Viewing ist aus unserer Sicht, nicht grundsätzlich, wenn es jemand privat organisiert, sondern wenn die Gemeinde bei der Organisation mitwirkt. Wir führen zwar einen Grossanlass nicht durch, aber unterstützen einen Anlass, bei dem es um Milliardensummen geht.

Da in diesem Bereich bereits sehr viel Geld im Umlauf ist und viel verdient wird, finden wir es nicht richtig, wenn die Gemeinde zusätzlich noch eine Leinwand gratis zur Verfügung stellt.

Wir sind der Ansicht, dass es wesentlich zielführender für den Zusammenhalt und die Gemeinschaft wäre, die lokalen Vereine und den Sport in Ostermundigen gezielt zu unterstützen. Aus diesem Grund werden wir das Postulat als unerheblich erklären.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion ist, wie schon in der vorletzten GGR-Sitzung, der Auffassung, dass das Durchführen eines Public-Viewings keine Kernaufgabe der Gemeinde ist. Wir danken aber dem Gemeinderat für seine Stellungnahme zum Postulat bzw. für seine Bereitschaft, das Engagement von Privatpersonen, Vereinen und weiteren Akteuren im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten zu unterstützen. Die SVP-Fraktion wird dem Abschreiben des Postulates zustimmen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grossen Gemeinderat fasst mit 31 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das Postulat Maja Schneider (SP) betreffend kostenloses Public-Viewing-Angebot in Ostermundigen während der nächsten Fussball-Europameisterschaft wird begründet, erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

68. Überparteiliches Postulat betreffend Veloabstellplätze beim Einkaufszentrum Möсли; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner des überparteilichen Postulates zum Geschäft äussern.

Michael Mitter (Mitte): Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Abklärungen in dieser Angelegenheit. Auch ich werde die Situation – dort und an anderen Orten in Ostermundigen – weiterhin im Auge behalten. Es ist schade, dass wir hier nicht mehr Handlungsspielraum haben, um die Situation gezielt zu verbessern. An vielen Orten in Ostermundigen ist die Veloparkierung, insbesondere bei Einkaufsmöglichkeiten, noch unzureichend. Ich lebe schon lange in Ostermundigen und erinnere mich gut daran, dass dort, wo heute Veloabstellplätze sind – etwa an der Bahnhofstrasse bei den aktuellen Bauarbeiten – früher Autoparkplätze und eine Zufahrt waren.

Positiv ist hingegen, dass die Abstellmöglichkeiten beim Migros an der Bernstrasse vor einiger Zeit verbessert wurden. Wenn wir die von der Gemeinde angestrebte Veloförderung weiter vorantreiben wollen, sollten wir nicht nur neue Velorouten schaffen, sondern auch darauf achten, dass man das Velo dort auch ein wenig geschützt und an einem schlauen Ort abstellen kann. Ich bin mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden und unterstütze, dass das Postulat als erledigt abgeschrieben wird.

Ulrich Steiner (SVP): Vielen Dank für diesen Vorstoss. Ich habe mir die Situation extra noch mit dem Velo angeschaut und sie ist tatsächlich ziemlich unhaltbar. Die paar Velopiktogramme auf dem Boden sind kaum verständlich, niemand weiss so recht, was sie eigentlich bedeuten. Es ist dringend nötig, dass hier etwas unternommen wird. Die Situation ist auch gefährlich, weil man direkt neben dem Autoverkehr fahren oder sogar mit dem Velo manövrieren muss. Wir sind froh, wenn der Gemeinderat in diesem Sinn ein Auge darauf hat, wie die Verwaltung die Sache weiterverfolgt und wir erwarten, dass eine sichere und klare Lösung gefunden wird.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grossen Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend Veloabstellplätzen beim Einkaufszentrum Möсли wird begründet, erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Axioma #10769

10.3.74 Interpellationen

69. Überparteiliche Interpellation betreffend «Planungsstand Tram Bern-Ostermundigen – Auswirkungen der Bauverzögerungen»; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der überparteilichen Interpellation mit der Beantwortung zufrieden? Das Wort wird vom Erstunterzeichner nicht gewünscht.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation betreffend «Planungsstand Tram Bern Ostermundigen – Auswirkungen der Bauverzögerungen» wird schriftlich beantwortet.

Axioma #10767

10.3.74 Interpellationen

70. Überparteiliche Interpellation zur öffentlichen Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der überparteilichen Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Mattia Mordasini (SP): Vielen Dank an den Gemeinderat und besonders an die Mitarbeitende, die für mich die Unterlagen herausgesucht hat, das hat mich wirklich gefreut.

Ich finde es sehr positiv, dass die Gemeinde Ostermundigen bereits ein «Kommunikationskonzept» hat, das überarbeitet wird, denn es stammt aus dem Jahr 2008. Ebenfalls erfreulich ist, dass es seit 2023 auch ein «Social-Media-Konzept» gibt, das meiner Meinung nach gut funktioniert.

Im Bereich, den ich mit meinem Vorstoss angesprochen habe, sind wir aber noch nicht ganz dort, wo wir hin möchten. Deshalb werde ich im kommenden Jahr eine Motion einreichen, in der wir konkrete Vorschläge machen, wie die Themen Plakatierung und Veranstaltungsinformation verbessert werden könnten.

Heute hatte ich zufällig ein Gespräch mit den Quartierarbeitenden, die ebenfalls meinten, sie wüssten eigentlich genau, wo die Plakate sinnvoll wären, nur gebe es derzeit schlicht zu wenige geeignete Orte, an denen sich die Menschen wirklich informieren könnten.

Aber gut, jetzt steht zuerst das Budget an, und danach haben wir wieder Zeit, diese Themen weiterzuverfolgen. Ich muss ehrlich sagen, ich freue mich nicht besonders auf die Budgetrunde, weil sie wohl nicht ganz so verlaufen wird, wie wir es uns wünschen. Aber wir werden anschliessend mit einem konkreten Vorschlag zurückkommen, der Ressourcen beanspruchen wird und entsprechend wieder ins Budget einfließen muss.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation zur öffentlichen Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen wird schriftlich beantwortet.

Axioma #10767

10.3.74 Interpellationen

71. Überparteiliche Interpellation betreffend der von der Gemeinde Ittigen zurückgehaltenen Gewinnsteueransprüchen von der Swisscom AG; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist die Erstunterzeichnerin der überparteilichen Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Colette Nova (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die entsprechenden Auskünfte und Abklärungen. Ich bin ein bisschen enttäuscht, weil ich dachte, da wäre noch irgendetwas. Es sind vielleicht einige Hunderttausend Franken, das wäre immer noch etwas. Aber offenbar ist es nicht wirklich möglich, da etwas zu machen.

Ein Hinweis noch auf Seite 4, ganz unten, steht: "*Die Gemeinde Ostermundigen verzichtet aufgrund des Vorsichtsprinzips und der Stetigkeit auf die Bildung von entsprechenden Rückstellungen...*" Das sind nicht Rückstellungen. Das wären Forderungen, respektive aktive Abgrenzungen.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation betreffend der von der Gemeinde Ittigen zurückgehaltenen Gewinnsteueransprüchen von der Swisscom AG wird schriftlich beantwortet.

72. Orientierungen des Gemeinderates

Axioma #146
40.9.03 Planungen
4.9.07 Worble

a) Wasserbauplan «Worble» Teil West; Genehmigung Gesamtkredit

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich mache kurz etwas Werbung: Am Montag, 27. Oktober 2025, findet hier im Tell um 20:00 Uhr eine öffentliche Veranstaltung zur Worble statt. Leider überschneidet sie sich mit der Veranstaltung, die Thomas Iten gleich noch bewerben wird, es ist eben nicht immer einfach, Termine zu finden, die für alle Beteiligten passen.

Wer also Fragen zur Renaturierung und zum Hochwasserschutz der Worble hat, ist herzlich eingeladen: Montag, 27. Oktober 2025, um 20:00 Uhr hier im Tell.

Axioma #9654
10.22.7.1 Revision Nutzungsplanung
10.22.5.91 Regionalplanung

b) Fussballcampus Region Bern

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben die Termine wirklich nicht optimal geplant, aber es liess sich leider nicht anders machen. Am selben Abend, also am 27. Oktober 2025 um 19:30 Uhr, informieren die Beteiligten über den aktuellen Stand des «Fussball Campus Region Bern». Für alle, die am 27. Oktober 2025 lieber bei Bettina Fredrich teilnehmen möchten, gibt es aber eine Alternative: Am 28. Oktober 2025 um 19:30 Uhr im Reberhaus Bolligen findet dieselbe Information nochmals statt.

Und um es gleich vorwegzunehmen: Wir werden es am 4. Dezember 2025 nicht schaffen, die Interpellation zum Hallenbad zu beantworten. Das ist nichts Persönliches, sondern schlicht eine Frage der Koordination, weil wir mittlerweile gemeinsam mit Bolligen und Ittigen unterwegs sind. Diese Zusammenarbeit ist deutlich anspruchsvoller zu koordinieren. Im Dezember können wir mehr zum «Hallenbad» sagen. Damit ist das auch schon vorangekündigt, wir sind weiterhin gemeinsam mit unseren Partnergemeinden an der Projektierung.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Gut, dann kommen wir jetzt zu den parlamentarischen Neueingängen. Bevor wir damit beginnen, möchte ich noch kurz etwas sagen beziehungsweise fragen.

Grundsätzlich müssten die parlamentarischen Neueingänge, die heute eingegangen sind, an der Sitzung vom 4. Dezember 2025 behandelt werden. Der Beschluss über die Traktandenliste für diese Sitzung wird jedoch bereits an der Gemeinderatssitzung vom 28. Oktober 2025 gefasst, also schon bald. Das bedeutet, dass die Zeit nicht ausreicht, um die Neueingänge vorzubereiten und am 4. Dezember 2025 zu behandeln.

Bevor wir nun für jeden Vorstoss einzeln im Ratsbüro darüber entscheiden müssen, ob eine Fristverlängerung nötig ist, möchte ich diejenigen, die einen Neueingang eingereicht haben, fragen: Wäre es in Ordnung, wenn diese am 26. Februar 2026 behandelt werden? Wenn jemand sagt, dass das gar nicht geht, kommt bitte nach der Sitzung kurz zu mir, damit wir das im Ratsbüro besprechen können.

Heute Abend sind diese parlamentarischen Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

73. Überparteiliche Motion betreffend kostenloser Eintritt für Schüler:innen aus Ostermundigen und Reduzierung des Eintrittspreises für Kultur-Legi-Besitzende im Freibad Ostermundigen
74. Überparteiliches Postulat betreffend Pflanzung von Bäumen entlang von Strassen
75. Überparteiliche Interpellation betreffend Planungsstand der Dritten Allmend
76. Einfache Anfrage Adrian Rutsch (SVP) betreffend temporärer Kursraum in «Tell's Katine»

Wichtig ist noch: Unsere letzte Sitzung findet am 4. Dezember 2025 statt. Normalerweise haben wir uns bei der letzten Sitzung jeweils schon um 17:00 Uhr getroffen. Diesmal beginnen wir um 18:00 Uhr.

Damit ist die heutige Sitzung geschlossen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

73. Überparteiliche Motion betreffend kostenloser Eintritt für Schüler:innen aus Ostermundigen und Reduzierung des Eintrittspreises für Kultur-Legi-Besitzende im Freibad Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dass alle Schüler:innen der obligatorischen Schule (1. bis 9. Klasse) in Ostermundigen ab der Badesaison 2026 ein kostenloses Saisonabonnement für das Freibad Ostermundigen erhalten. Zudem soll der Eintrittspreis für Personen, die im Besitz eines Kultur-Legis sind, um 50 % reduziert werden.

Begründung

Der Zugang zu Freizeitaktivitäten und Sporteinrichtungen ist für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von entscheidender Bedeutung. Ein Freibad stellt nicht nur einen Ort für Erholung dar, sondern fördert auch die körperliche Aktivität, die soziale Interaktion und die Integration innerhalb unserer Gemeinschaft. Diese Motion steht im Einklang mit den Zielen des Leitbilds Gesellschaft der Gemeinde Ostermundigen, das die Förderung von Begegnungsorten (Stossrichtung 2), Förderung und Unterstützung (Stossrichtung 6) und ein Respektvolles Zusammenleben (Stossrichtung 4) betont.

Gesundheitliche Vorteile

Durch den kostenlosen Zugang zum Freibad ermutigen wir Kinder dazu, sich mehr zu bewegen und einen gesunden Lebensstil zu pflegen. Laut dem Leitbild Gesellschaft ist die Förderung und Unterstützung der individuellen Entwicklung sowie des Wohlbefindens der Einwohnenden ein zentrales Anliegen (Stossrichtung 6). Die Möglichkeit, regelmäßig schwimmen zu gehen, trägt zu einer besseren physischen Gesundheit und einem aktiven Lebensstil bei.

«Ostermundigen setzt sich für das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden der Bevölkerung ein.» (S. 19, Leitbild Gesellschaft)

Chancengleichheit

Viele Familien haben finanzielle Engpässe, und der Zugang zu Freizeitangeboten ist oft eingeschränkt. Indem wir Kindern im obligatorischen Schulalter den kostenlosen Eintritt gewähren, schaffen wir Chancengleichheit und fördern eine integrative Gesellschaft. Diese Massnahme hilft, soziale Barrieren abzubauen und stellt sicher, dass alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund die Möglichkeit haben, aktiv an Freizeitaktivitäten teilzunehmen.

«Ostermundigen schafft Bürger/-innen Zugang zu sozialer und beruflicher Integration.» (S. 18, Leitbild Gesellschaft)

Stossrichtung 4: Respektvolles Zusammenleben
Stossrichtung 6: Förderung und Unterstützung

Unterstützung der Kultur-Legi-Besitzenden

Die Kultur-Legi ist ein wichtiges Instrument zur Förderung der kulturellen Teilhabe für Menschen mit niedrigem Einkommen. Eine Reduzierung des Eintrittspreises für Kultur-Legi-Besitzende ermöglicht es diesen Personen, ebenfalls aktiv am Freizeitangebot teilzunehmen, was zur sozialen Integration beiträgt und den Gemeinschaftssinn stärkt.

Stossrichtung 4: Respektvolles Zusammenleben

Stossrichtung 6: Förderung und Unterstützung

Stärkung der Gemeinschaft

Ein Freibad ist ein Ort der Begegnung. Durch die Förderung des Zugangs für Kinder und benachteiligte Gruppen schaffen wir einen Raum, in dem sich die Gemeinschaft versammeln und miteinander interagieren kann. Dies fördert den sozialen Zusammenhalt und stärkt das Gemeinschaftsgefühl in unserer Gemeinde.

«Ostermundigen verfügt über ausreichend attraktive Orte für Begegnung und Austausch; dies für unterschiedliche Anspruchsgruppen» (S. 9, Leitbild Gesellschaft)

Stossrichtung 2: Begegnungsorte

Stossrichtung 4: Respektvolles Zusammenleben

Schutz während Hitzeperioden

Es ist bekannt, dass die Anzahl und Dauer der Hitzeperioden in den kommenden Jahren zunehmen wird und der städtische Wärmeinseleffekt auch in Ostermundigen spürbar ist. Auch hier gibt es Wohnungen, in denen die Temperaturen über 30 Grad steigen und in denen der Aufenthalt nur schwer auszuhalten ist. Das Freibad dient als Ort zur Abkühlung und soll allen Menschen zugänglich sein. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Gemeinde die Förderung der Biodiversität und die Bekämpfung von Hitzeinseln weiterhin vorantreibt, wie dies im Leitbild Gesellschaft mehrfach erwähnt wird.

Stossrichtung 1: Gestaltung öffentlicher und privater Aussenraum

Quellen:

Leitbild Gesellschaft der Gemeinde Ostermundigen:

https://www.ostermundigen.ch/wAssets/docs/news/Medienmitteilungen/Gemeinde_Ostermundigen_Leitbild_Gesellschaft.pdf

Stadtklima Ostermundigen im Sommer 2023:

<https://www.ostermundigen.ch/StadtklimaOstermundigen2023>

eingereicht GGR-Sitzung vom 23. Oktober 2025

sig. Kathrin Ernst (Grüne), Adrian Tanner (Grüne), Christian Burr Furrer (Grüne), Jörg Renner (SP), Sarah Stalder (SP), Mattia Mordasini (SP), Marcel Falk (SP), Peter Buri (SP), Maja Schneider (SP), Peter Stettler Ruess (SP), Yasmin Dressler (SP), Benjamin Gimmel (SP), Myriam Zürcher (EVP)

Axioma #11001
10.3.73 Postulate

74. Überparteiliches Postulat betreffend zur Pflanzung von Bäumen entlang von Strassen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, entlang welchen Strassen in Ostermundigen schattenspendende Bäume gepflanzt werden können. Der Gemeinderat soll dem GGR bis Ende 2026 eine Karte vorlegen, auf der für jeden Strassenabschnitt auf dem Gemeindegebiet von Ostermundigen ersichtlich ist, ob die räumlichen Gegebenheiten das Pflanzen von Bäumen erlauben würden. Bei den Strassenabschnitten, wo keine Bäume gepflanzt werden können, soll der Grund angegeben werden, wieso dies nicht möglich ist.

Zudem soll der Gemeinderat einen Vorschlag ausarbeiten, welche Strassenabschnitte bei einer zukünftigen Begrünung des Strassenraums zu priorisieren sind und somit eine mögliche Etappierung vorlegen.

Begründung

In der Ortsplanung O'MUNDO wird festgehalten, wie die Bernstrasse in Zukunft aufgewertet werden soll. Dabei spielt die Neupflanzung von schattenspendenden Bäumen eine zentrale Rolle. Es soll eine möglichst durchgehende Baumreihe entstehen.

Was bei der Bernstrasse zu einem positiven Effekt auf das Klima und die Aufenthaltsqualität beiträgt, gilt auch in den umliegenden Strassen und Quartieren. Die Bewohner:innen von Ostermundigen sind nicht nur entlang der Bernstrasse zu Fuss unterwegs. Die Schulkinder legen den Schulweg auf unterschiedlichen Strassen zurück, ältere Menschen sind in allen Quartieren zuhause und Kinderwagen-stossende Eltern überall unterwegs. Somit ist der Bedarf an Schatten und einem angenehmen Klima entlang aller Wege vorhanden.

eingereicht GGR-Sitzung vom 23. Oktober 2025

sig. Yasmin Dressler (SP), Marcel Falk (SP), Kathrin Ernst (SP), Adrian Tanner (SP), Peter Stettler Ruess (SP), Jörg Renner (SP), Sarah Stalder (SP), Colette Nova (SP), Christian Burr Furrer (Grüne), Oliver Tamas (glp), Alexander Schmid (glp), Gerhard Baumgartner (EVP), Myriam Zürcher (EVP), Benjamin Gimmel (EVP)

Axioma #11002

10.3.74 Interpellationen

75. Überparteiliche Interpellation betreffend Planungsstand der Dritten Allmend; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten, Auskunft über den aktuellen Planungsstand der Dritten Allmend zu geben.

Fragen

1. Gibt es bereits Pläne, wie die Dritte Allmend in Zukunft aussehen soll?
2. Inwiefern wird die Bevölkerung in die Planung der Dritten Allmend miteinbezogen?
3. Wann wird die Dritte Allmend «fertiggestellt» und für die breite Bevölkerung zugänglich sein?
4. Kann davon ausgegangen werden, dass die Dritte Allmend zu einem Park umgestaltet wird, ökologisch wertvoll mit einem hohen Grünanteil, der zur Naherholung genutzt werden kann?
5. Besteht die Möglichkeit, auf der dritten Allmend einen Teich anzulegen? Wäre theoretisch ein Badesee möglich und technisch machbar?
6. Kann durch die Realisierung des Fussballcampus davon ausgegangen werden, dass auf der Dritten Allmend keine Fussballfelder geplant werden?
7. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die dritte Allmend ganzjährlich eine hohe Aufenthaltsqualität aufweist und genutzt werden kann? (Verhinderung einer grösstenteils brachliegenden Fläche, die nur während speziellen Anlässen mit Bauten verstellt wird.)

Begründung

Ostermundigen soll in Zukunft wachsen und baulich verdichten. Bei dieser geplanten Verdichtung braucht es als Ausgleich Grünflächen, Parkanlagen und Naherholungsgebiete. Diese Orte werden von der breiten Bevölkerung aufgesucht und sehr geschätzt.

In der Ortsplanung O'MUNDO wird die landwirtschaftlich genutzte Fläche neben dem O'Bloc und der neuen Dreifachturnhalle als «Dritte Allmend» ausgewiesen. Es soll eine allmendarlige Parkanlage für Sport- und Freizeitnutzungen geplant werden.

Die SP und die Grünen Ostermundigen möchten sicherstellen, dass diese freiwerdende Fläche möglichst gut genutzt wird: Es soll keine brachliegende Fläche entstehen, die grösstenteils ungenutzt ist. Es soll ein wertvolles Naherholungsgebiet entstehen, dass einen Mehrwert für die Natur und für den Menschen gibt. Eine hohe Aufenthaltsqualität ist dabei zentral. Mögliche Ideen gibt zum Beispiel der Liebefeld-Park in Köniz, der das ganze Jahr hindurch viele Anwohnende anlockt.

eingereicht GGR-Sitzung vom 23. Oktober 2025

sig. Yasmin Dressler (SP), Marcel Falk (SP), Kathrin Ernst (SP), Adrian Tanner (SP), Peter Stettler Ruess (SP), Sarah Stalder (SP), Jörg Renner (SP), Colette Nova (SP), Maja Schneier (SP), Mattia Mordasini (SP), Peter Burr (SP), Christian Burr Furrer (Grüne), Kerstin Brechbühl (Mitte), Sandra Löhrer (Mitte), Béla Filep (Mitte), Benjamin Gimmel (EVP), Myriam Zürcher (EVP)

Axioma #11003
10.3.75 Einfache Anfragen

76. Einfache Anfrage Adrian Rutsch (SVP) betreffend temporärer Kursraum in «Tell's Kantine»; parlamentarischer Neueingang

Das italienische Aussenministerium entsendet weltweit Lehrpersonen (welche auch durch den italienischen Staat entlöhnt werden) zur Durchführung von kostenlosen «Kursen italienischer Sprache und Kultur» (corsi di lingua e cultura Italiana).

Durch die grosse italienische Diaspora bei uns in der Gemeinde unterrichtet die aktuelle Lehrperson, Maestra Eleonora Malavenda (unter Anderem) jeweils dienstag- und donnerstagnachmittags je 4 Lektionen auf Grund- und Primarstufe in Mischklassen. Diese Kurse stehen allen offen. Die Klassen waren bis und mit April 2025 (seit mehreren Jahren) in der «Schulanlage Rothus» untergebracht. Infolge beginnender Bauarbeiten mussten die Klassen dieses Schulzimmer verlassen und wurden neu im Keller des «Tell Kultur Zentrum» untergebracht (ergo genau hier unter uns).

Es handelt sich hierbei allerdings nicht um ein Klassenzimmer, sondern lediglich um einen Hobby- Vereins- Partyraum, siehe hier:



Da dieser Raum nicht gelüftet werden kann, kein Tageslicht eindringt und nicht einmal über eine Wandtafel verfügt - die Maestra muss Ihre Aufgaben und Erklärungen heute mit Filzstiften auf einen Spiegel schreiben – ist dieser Raum alles andere weder optimal für den Unterrichtsbetrieb. Offenbar sei aber kein einziges ordentliches Schulzimmer in der ganzen Gemeinde für diese acht Lektionen verfügbar. Daher die einfache Frage:

Ist wirklich kein anderes, ordentliches Schulzimmer in der gesamten Gemeinde Ostermundigen für diese acht Lektionen verfügbar?

eingereicht GGR-Sitzung vom 23. Oktober 2025

sig. Adrian Rutsch (SVP)

c) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, e = erledigt,
ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu-ständig	Kommentar	Status
5765	Verwaltungsbericht 2024	26.06.25	30.06.26	FS + alle	Die FDP.Die Liberalen-Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeit aufgezeigt wird.	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Die Ratssekretärin:

Daniela Feller

Jürg Kumli

Saskia Niggli

Die Stimmenzählerin:

Der Stimmenzähler:

Kathrin Balmer

Markus Truog